



Gz.: Re-11 502.40 Stanišić
VN Nr. 136 / 2024

Verbalnote

Die Botschaft beehrt sich, dem Internationalen Residualmechanismus für die Ad-hoc-Strafgerichtshöfe („Mechanismus“) unter Bezugnahme auf die Verbalnote des Kanzlers des Mechanismus vom 15. Oktober 2024 den Abschluss einer Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Mechanismus über die Übernahme der Vollstreckung der Freiheitsstrafe von Herrn Jovica Stanišić vorzuschlagen, die folgenden Wortlaut haben soll:

1. Freiheitsstrafe von Herrn Stanišić

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland vollstreckt auf Ersuchen des Internationalen Residualmechanismus für die Ad-hoc-Strafgerichtshöfe („Mechanismus“) - der durch Resolution 1966 (2010) des Sicherheitsrats errichtet wurde, um die verbleibenden Funktionen des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien wahrzunehmen - die von der Berufungskammer des Mechanismus mit Urteil vom 31. Mai 2023 verhängte Freiheitsstrafe von 15 Jahren gegen Herrn Jovica Stanišić (Verfahrensnummer: MICT-15-96-A). Die Freiheitsstrafe wird unter den nachstehend beschriebenen Bedingungen und nach Maßgabe des oben genannten Berufungsurteils in Deutschland vollstreckt.

2. Vollstreckung der Strafe

- a) Bei der Vollstreckung der Strafe sind die zuständigen deutschen Behörden an die Haftdauer gebunden.

Büro des Kanzlers
des Internationalen Residualmechanismus für die Ad-hoc-Strafgerichtshöfe
Churchillplein 1
2517 JW Den Haag

- b) Die Haftbedingungen unterliegen, vorbehaltlich der Aufsicht des Mechanismus, den deutschen Rechtsvorschriften.
- c) Die deutschen Rechtsvorschriften bezüglich einer Reststrafenaussetzung zur Bewährung finden keine Anwendung. Die Präsidentin des Mechanismus allein ist für die Entscheidung über Anträge auf vorzeitige Entlassung zuständig.
- d) Sollte Herr Stanišić nach deutschem Recht für eine Reststrafenaussetzung zur Bewährung in Betracht kommen, werden die zuständigen deutschen Behörden den Mechanismus hierüber unterrichten. Hält die Präsidentin des Mechanismus im Benehmen mit den nach der Verfahrens- und Beweisordnung des Mechanismus zu konsultierenden Richterinnen und Richtern eine vorzeitige Entlassung für angemessen, so benachrichtigt der Kanzler des Mechanismus umgehend die zuständigen deutschen Behörden.
- e) Darüber hinaus unterrichten die zuständigen deutschen Behörden den Mechanismus unverzüglich von Amts wegen, wenn der Gesundheitszustand des Verurteilten einer Fortsetzung der Vollstreckung entgegensteht, und holen eine Entscheidung des Mechanismus zur Beendigung der Vollstreckung ein.
- f) Die Haftbedingungen haben im Einklang mit den einschlägigen Menschenrechtsstandards zu stehen, zu deren Einhaltung die Bundesrepublik Deutschland völkerrechtlich verpflichtet ist.

3. Überstellung von Herrn Stanišić

Der Kanzler des Mechanismus trifft geeignete Vorkehrungen für die Überstellung von Herrn Stanišić vom Mechanismus an die zuständigen deutschen Behörden. Vor der Überstellung setzt der Kanzler Herrn Stanišić über den Inhalt dieser Vereinbarung in Kenntnis.

4. Ne bis in idem

Herr Stanišić wird nicht wegen Handlungen, die nach dem Statut des Mechanismus schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht darstellen, vor ein deutsches Gericht gestellt, wenn gegen ihn wegen derselben Handlungen bereits vor dem Mechanismus oder vor dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien verhandelt wurde.

5. Besuche

- a) Im Einklang mit Artikel 25 des Statuts des Mechanismus gestatten die zuständigen deutschen Behörden Vertreterinnen und Vertretern des Mechanismus, Herrn Stanišić zu besuchen. Die zuständigen Behörden lassen Besuche jederzeit und regelmäßig zu, wobei der Mechanismus über die Häufigkeit der Besuche entscheidet. Auf der Grundlage der während der Besuche gewonnenen Informationen werden vom Mechanismus gegebenenfalls vertrauliche Berichte über die Haftbedingungen und die Behandlung von Herrn Stanišić erstellt.
- b) Die zuständigen deutschen Behörden bestätigen, dass das Internationale Komitee des Roten Kreuzes („IKRK“) das Recht hat, die Haftbedingungen und die Behandlung von Herrn Stanišić jederzeit und regelmäßig zu prüfen, wobei das IKRK über die Häufigkeit der Besuche entscheidet. Das IKRK wird den zuständigen deutschen Behörden und der Präsidentin des Mechanismus auf der Grundlage der während der Prüfungen gewonnenen Informationen einen vertraulichen Bericht vorlegen.
- c) Die zuständigen deutschen Behörden und die Präsidentin des Mechanismus konsultieren einander hinsichtlich der Ergebnisse der unter den Buchstaben a und b erwähnten Berichte. Die Präsidentin kann Deutschland danach bitten, sie über alle Änderungen der Haftbedingungen von Herrn Stanišić in Kenntnis zu setzen, die in den Berichten vorgeschlagen werden.

6. Benachrichtigung

a) Deutschland benachrichtigt den Kanzler unverzüglich in folgenden Fällen:

aa) zwei Monate vor Strafende;

bb) wenn Herr Stanišić aus dem Gefängnis entkommt, bevor die Freiheitsstrafe verbüßt ist;

cc) wenn Herr Stanišić verstorben ist.

b) Ungeachtet des Buchstaben a konsultieren der Mechanismus und die zuständigen deutschen Behörden auf Bitte einer der beiden Parteien einander hinsichtlich aller Angelegenheiten, die mit der Strafvollstreckung in Zusammenhang stehen.

7. Begnadigung und Strafumwandlung

a) Kommt Herr Stanišić nach den anwendbaren innerstaatlichen Rechtsvorschriften Deutschlands für eine Begnadigung oder Umwandlung der Strafe in Betracht, so teilt Deutschland dem Mechanismus diesen Umstand mit.

b) Die Präsidentin des Mechanismus entscheidet im Benehmen mit den nach der Verfahrens- und Beweisordnung des Mechanismus zu konsultierenden Richterinnen und Richtern, ob eine Begnadigung oder Umwandlung der Strafe angemessen ist. Der Kanzler unterrichtet Deutschland von der Entscheidung der Präsidentin des Mechanismus. Entscheidet die Präsidentin, dass eine Begnadigung oder Umwandlung der Strafe nicht angemessen ist, so benachrichtigt der Kanzler umgehend die zuständigen innerstaatlichen Behörden, die auf Wunsch des Mechanismus eine sofortige Rücküberstellung von Herrn Stanišić an den Mechanismus sicherstellen oder, wenn Deutschland dem ausdrücklich zustimmt, die Vollstreckung in Deutschland fortsetzen.

8. Beendigung der Vollstreckung

- a) Die Strafvollstreckung durch Deutschland endet,
 - aa) wenn die Strafe vollständig verbüßt worden ist, das heißt am 11. März 2031;
 - bb) mit dem Tod von Herrn Stanišić;
 - cc) mit der Begnadigung, Strafumwandlung oder vorzeitigen Entlassung von Herrn Stanišić, soweit diese von der Präsidentin des Mechanismus nach Nummer 2 oder 7 für angemessen befunden wurden;
 - dd) wenn Deutschland der weiteren Vollstreckung nach Nummer 7 Buchstabe b Satz 3 nicht zustimmt;
 - ee) im Anschluss an eine Entscheidung des Mechanismus nach Buchstabe b.
- b) Der Mechanismus kann jederzeit die Entscheidung treffen, die Beendigung der Strafvollstreckung in Deutschland und die Überstellung von Herrn Stanišić an einen anderen Staat oder an den Mechanismus zu erbitten.
- c) Die zuständigen deutschen Behörden beenden die Strafvollstreckung, sobald sie vom Kanzler des Mechanismus von einer Entscheidung oder Maßnahme unterrichtet wurden, aufgrund derer die Strafe nicht mehr vollstreckbar ist.

9. Unmöglichkeit der Strafvollstreckung

Sollte die Fortsetzung der Vollstreckung aus rechtlichen oder praktischen Gründen nicht mehr möglich sein, so unterrichtet Deutschland unverzüglich den Kanzler des Mechanismus. Bei Bedarf trifft der Kanzler unverzüglich geeignete Vorkehrungen für die Rücküberstellung von Herrn Stanišić. Nach der Unterrichtung des Kanzlers unternehmen die zuständigen deutschen Behörden keine weiteren Schritte, ohne den Mechanismus zuvor zu kontaktieren.

10. Kosten

Treffen die Parteien keine anders lautende Vereinbarung, so übernimmt der Mechanismus die Kosten, die mit der Überstellung von Herrn Stanišić nach Deutschland sowie mit seiner Rücküberstellung in Zusammenhang stehen. Deutschland kommt für alle weiteren Kosten auf, die durch die Strafvollstreckung entstehen.

11. Sprachen

Diese Vereinbarung wird in deutscher und englischer Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

12. Geltungsdauer der Vereinbarung

- a) Die Vereinbarung bleibt in Kraft, solange Herrn Stanišić' Strafe in Deutschland vollstreckt wird.
- b) Nach Absprache kann die Vereinbarung von jeder Partei unter Einhaltung einer zweimonatigen Frist gekündigt werden. Dessen ungeachtet tritt die Vereinbarung nicht außer Kraft, bevor die Strafvollstreckung durch Deutschland, auf die diese Vereinbarung Anwendung findet, geendet hat und bevor gegebenenfalls die Überstellung des Verurteilten gemäß dieser Vereinbarung durchgeführt wurde, falls dieser Zeitpunkt der spätere ist.

13. Grundlage der Vereinbarung sind insbesondere die folgenden maßgeblichen Bestimmungen des Statuts des Mechanismus, wie vom Sicherheitsrat verabschiedet (S/RES/1966(2010)).

a) Artikel 25 (Vollstreckung der Strafe)

- aa) Eine Freiheitsstrafe wird in einem Staat verbüßt, der vom Mechanismus anhand einer Liste von Staaten bestimmt wird, mit denen die Vereinten Nationen zu diesem Zweck ein Abkommen geschlossen haben. Die Strafverbüßung erfolgt nach Maßgabe der

geltenden Rechtsvorschriften des betreffenden Staates und unterliegt der Aufsicht des Mechanismus.

bb) Der Mechanismus ist befugt, die Vollstreckung der vom IStGHJ, vom IStGHR oder vom Mechanismus verhängten Strafen, einschließlich der Durchführung der von den Vereinten Nationen mit Mitgliedstaaten geschlossenen Abkommen über Strafvollstreckung sowie anderer Abkommen mit internationalen und regionalen Organisationen und sonstigen in Betracht zu ziehenden Organisationen und Organen, zu überwachen.

b) Artikel 26 (Begnadigung oder Strafumwandlung)

Kommt eine vom IStGHJ, vom IStGHR oder vom Mechanismus verurteilte Person nach dem anwendbaren Recht des Staates, in dem sie ihre Freiheitsstrafe verbüßt, für eine Begnadigung oder Strafumwandlung in Betracht, so teilt der betreffende Staat dies dem Mechanismus mit. Eine Begnadigung oder Strafumwandlung erfolgt nur, wenn der Präsident des Mechanismus dies im Interesse der Rechtspflege und der allgemeinen Rechtsgrundsätze beschließt.

Verfahrens- und Beweisordnung des Mechanismus - Artikel 149-151

a) Artikel 149 (Mitteilung durch die Staaten)

Kommt eine verurteilte Person nach dem Recht des Staates, in dem sie ihre Freiheitsstrafe verbüßt, für eine Begnadigung, Strafumwandlung oder vorzeitige Haftentlassung in Betracht, so teilt der Staat dem Mechanismus diesen Umstand in Einklang mit Artikel 26 des Statuts mit.

b) Artikel 150 (Entscheidung durch den Präsidenten in der Fassung vom 9. April 2018)

Bei Eingang einer solchen Mitteilung oder eines unmittelbaren Gesuchs der verurteilten Person entscheidet der Präsident in Abstimmung mit Richtern, die der Kammer angehören, die die Strafe verhängt hat, und die Richter des Mechanismus sind, ob eine Begnadigung, Strafumwandlung oder vorzeitige Haftentlassung angebracht ist. Ist

Bei der Entscheidung, ob eine Begnadigung, Strafumwandlung oder vorzeitige Haftentlassung angebracht ist, berücksichtigt der Präsident unter anderem die Schwere des Verbrechens oder der Verbrechen, für das oder die die inhaftierte Person verurteilt wurde, den Umgang mit vergleichbaren inhaftierten Personen, die nachweisliche Resozialisierung der inhaftierten Person sowie eine etwaige umfassende Zusammenarbeit der inhaftierten Person mit dem Ankläger.

Falls sich der Mechanismus mit den unter den Nummern 1 bis 13 gemachten Vorschlägen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland einverstanden erklärt, werden diese Verbalnote und die das Einverständnis des Mechanismus zum Ausdruck bringende Antwortnote eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Mechanismus bilden, die mit dem Datum der Antwortnote in Kraft tritt.

Die Botschaft benutzt diesen Anlass, den Internationalen Residualmechanismus für die Ad-hoc-Strafgerichtshöfe erneut ihrer ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

Den Haag, 19. Dezember 2024





File No.: Re-11 502.40 Stanišić
Verbal Note No. 136 / 2024

Note Verbale

The Embassy presents its compliments to the International Residual Mechanism for Criminal Tribunals (“Mechanism”) and, with reference to the Note Verbale from the Registrar of the Mechanism of 15 October 2024, has the honour to propose that an Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the Mechanism concerning taking over the enforcement of Mr Jovica Stanišić’s prison sentence be concluded, to read as follows:

1. Mr Stanišić’s sentence of imprisonment

At the request of the International Residual Mechanism for Criminal Tribunals (“Mechanism”), established by Security Council Resolution 1966 (2010) to carry out the residual functions of the International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia, the Government of the Federal Republic of Germany shall enforce the sentence of 15 years’ imprisonment imposed by the Appeals Chamber of the Mechanism on Mr Jovica Stanišić in its Judgement of 31 May 2023 (Case No.: MICT-15-96-A). The sentence of imprisonment shall be enforced in Germany, under the conditions described below, and subject to the conditions of the above-mentioned Appeal Judgement.

2. Enforcement of sentence

- a) In enforcing the sentence, the competent national authorities of Germany shall be bound by the duration of the sentence.

Office of the Registrar
of the International Residual Mechanism for Criminal Tribunals
Churchillplein 1
2517 JW The Hague

- b) The conditions of imprisonment shall be governed by the law of Germany, subject to the supervision of the Mechanism.
- c) The provisions of the German law regarding early release are not applicable. The President of the Mechanism has the sole authority to decide on applications for early release.
- d) If Mr Stanišić would be eligible for early release pursuant to the applicable national law of Germany, the competent German national authorities shall notify the Mechanism accordingly. If the President of the Mechanism, in consultation with the Judges to be consulted in accordance with the Rules of Procedure and Evidence of the Mechanism, considers early release to be appropriate, the Registrar of the Mechanism shall immediately notify the competent national authorities.
- e) Furthermore, the competent German authorities shall *ex officio* notify the Mechanism immediately if the health condition of the convicted person prevents a continuation of enforcement, and shall request a decision from the Mechanism regarding the termination of enforcement.
- f) The conditions of imprisonment shall be in accordance with relevant human rights standards, which the Federal Republic of Germany is obliged under international law to respect.

3. Transfer of Mr Stanišić

The Registrar of the Mechanism shall make appropriate arrangements for the transfer of Mr Stanišić from the Mechanism to the competent authorities of Germany. Prior to his transfer, Mr Stanišić will be informed by the Registrar of the content of this Agreement.

4. Non-bis-in-idem

Mr Stanišić shall not be tried before a German court for acts constituting serious violations of international humanitarian law under the Statute of the Mechanism for which he has already

been tried by the Mechanism or by the International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia.

5. Visits

- a) The competent authorities of Germany shall allow visits to Mr Stanišić by representatives of the Mechanism, in accordance with Article 25 of the Statute of the Mechanism. The competent authorities shall allow visits at any time and on a periodic basis, the frequency of visits to be decided by the Mechanism. Confidential reports on the conditions of detention and the treatment of Mr Stanišić, based on the findings of the visits, will be prepared by the Mechanism, as appropriate.
- b) The competent authorities of Germany acknowledge the right of the International Committee of the Red Cross (“ICRC”) to inspect the conditions of detention and treatment of Mr Stanišić at any time and on a periodic basis, the frequency of such visits to be determined by the ICRC. The ICRC will submit a confidential report based on the findings of these inspections to the competent authorities of Germany and to the President of the Mechanism.
- c) The competent authorities of Germany and the President of the Mechanism shall consult each other on the findings of the reports referred to in letters (a) and (b). The President may thereafter request Germany to report to her any changes in the conditions of detention of Mr Stanišić that were recommended in the reports.

6. Information

- a) Germany shall immediately notify the Registrar:
 - aa) two months prior to the completion of Mr Stanišić’s sentence;
 - bb) if Mr Stanišić has escaped from custody before the sentence has been completed; or

cc) if Mr Stanišić dies.

- b) Notwithstanding letter (a), the Mechanism and the competent authorities of Germany shall consult each other on all matters relating to the enforcement of the sentence upon the request of either party.

7. Pardon and commutation of sentence

- a) If, pursuant to the applicable national law of Germany, Mr Stanišić is eligible for pardon or commutation of the sentence, Germany shall inform the Mechanism accordingly of such eligibility.
- b) The President of the Mechanism shall determine, in consultation with the Judges to be consulted in accordance with the Rules of Procedure and Evidence of the Mechanism, whether pardon or commutation of the sentence is appropriate. The Registrar shall inform Germany of the determination of the President of the Mechanism. If the President determines that a pardon or commutation of the sentence is not appropriate, the Registrar shall immediately notify the competent national authorities who, upon the request of the Mechanism, shall provide for the immediate transfer of Mr Stanišić to the Mechanism or, if Germany expressly consents thereto, shall continue enforcement in Germany.

8. Termination of enforcement

- a) The enforcement of the sentence by Germany shall cease:
 - aa) when the full sentence has been completed, *i.e.*, on 11 March 2031; or
 - bb) upon the death of Mr Stanišić; or

cc) in the event of a pardon, commutation of sentence, or early release of Mr Stanišić, having been determined by the President of the Mechanism to be appropriate in accordance with paragraphs 2 and 7; or

dd) if Germany, in accordance with paragraph 7 (b), does not consent to continuing the enforcement; or

ee) following a decision of the Mechanism as referred to in letter (b) below.

b) The Mechanism may at any time decide to request the termination of the enforcement of the sentence in Germany and the transfer of Mr Stanišić to another State or to the Mechanism.

c) The competent authorities of Germany shall terminate the enforcement of the sentence as soon as they are informed by the Registrar of the Mechanism of any decision or measure by virtue of which the sentence ceases to be enforceable.

9. Impossibility to enforce sentence

If further enforcement should become impossible for any legal or practical reasons, Germany shall promptly inform the Registrar of the Mechanism. If required, the Registrar shall make appropriate arrangements for the transfer of Mr Stanišić as soon as possible. Following the notification of the Registrar, the competent authorities of Germany shall not take any other measures on the matter without first contacting the Mechanism.

10. Costs

The Mechanism shall bear the expenses related to the transfer of Mr Stanišić to and from Germany, unless the parties agree otherwise. Germany shall pay all other expenses incurred in the enforcement of the sentence.

11. Languages

This Agreement shall be concluded in the German and English languages, both texts being equally authentic.

12. Duration of the Agreement

- a) This Agreement shall remain in force as long as Mr Stanišić's sentence is being enforced by Germany.
- b) Upon consultation, either party may terminate this Agreement, with two months prior notice. Notwithstanding the foregoing, this Agreement shall not be terminated before the enforcement by Germany of the sentence to which this Agreement applies has ceased and, if applicable, before the transfer of the convicted person as provided for under this Agreement has been effected, should this be later.

13. This Agreement is based, in particular, on the following relevant provisions of the Statute of the Mechanism, as adopted by the Security Council (S/RES/1966(2010)).

- a) Article 25 (Enforcement of Sentences)
 - aa) Imprisonment shall be served in a State designated by the Mechanism from a list of States with which the United Nations has agreements for this purpose. Such imprisonment shall be in accordance with the applicable law of the State concerned, subject to the supervision of the Mechanism.
 - bb) The Mechanism shall have the power to supervise the enforcement of sentences pronounced by the ICTY, the ICTR or the Mechanism, including the implementation of sentence enforcement agreements entered into by the United Nations with Member States, and other agreements with international and regional organizations and other appropriate organisations and bodies.

b) Article 26 (Pardon or Commutation of Sentences)

If, pursuant to the applicable law of the State in which the person convicted by the ICTY, the ICTR, or the Mechanism is imprisoned, he or she is eligible for pardon or commutation of sentence, the State concerned shall notify the Mechanism accordingly. There shall only be pardon or commutation of sentence if the President of the Mechanism so decides on the basis of the interests of justice and the general principles of law.

Rules of Procedure and Evidence of the Mechanism - Rules 149-151

a) Rule 149 (Notification by States)

If, according to the law of the State of imprisonment, a convicted person is eligible for pardon, commutation of sentence, or early release the State shall, in accordance with Article 26 of the Statute, notify the Mechanism of such eligibility.

b) Rule 150 (Determination by the President, as amended on 9 April 2018)

The President shall, upon such notice or upon receipt of a direct petition from the convicted person, determine, in consultation with any Judges of the sentencing Chamber who are Judges of the Mechanism, whether pardon, commutation of sentence, or early release is appropriate. If none of the Judges who imposed the sentence are Judges of the Mechanism, the President shall consult with at least two other Judges.

c) Rule 151 (General Standards for Granting Pardon, Commutation of Sentence, or Early Release)

In determining whether pardon, commutation of sentence, or early release is appropriate, the President shall take into account, *inter alia*, the gravity of the crime or crimes for which the prisoner was convicted, the treatment of similarly-situated prisoners, the prisoner's demonstration of rehabilitation, as well as any substantial cooperation of the prisoner with the Prosecutor.

If the Mechanism agrees to the proposals made by the Government of the Federal Republic of Germany, contained in paragraphs 1 to 13 above, this Note Verbale and the Note in reply thereto expressing the agreement of the Mechanism shall constitute an Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the Mechanism, which shall enter into force on the date of the Note in reply.

The Embassy avails itself of this opportunity to renew to the International Residual Mechanism for Criminal Tribunals the assurance of its high consideration.

The Hague, 19 December 2024

